

Mainz, 08.07.2022

**Antrag 1042/2022 zur Sitzung Stadtrat am 20.07.2022**

**Abwassermonitoring zu Corona (ÖDP)**

**Der Stadtrat möge beschließen:**

Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsbetrieb Mainz und dem Gesundheitsamt ein regelmäßiges Abwassermonitoring zur Erfassung von Corona-Viren in der Mainzer Kläranlage durchzuführen

**Begründung:**

Das Leipziger Helmholtz-Institut für Mikrobiologie der Umwelt startete im Mai 2021 gemeinsam mit der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall (DWA) und der TU Dresden ein Langzeitprojekt zum Abwassermonitoring an bundesweit ca. 20 Kläranlagen.

Auch Mainz war unter den 20 Kläranlagen. In der Anfrage der ÖDP zur Stadtratssitzung am 09.02.2022 (0206/2022) erläuterte die Verwaltung, dass dieses Projekt nicht mehr fortgesetzt wird: „Weil kein neuer Erkenntnisgewinn zu erwarten ist, wird auf die Verlängerung verzichtet.“ Diese Auffassung teilen wir ausdrücklich nicht. In Wiesbaden (wie an vielen weiteren Städten in Hessen) wurde das Abwasser weiter untersucht, in Köln ebenso, wo sich jetzt herausstellte, dass die Inzidenz wesentlich höher liegt, als offiziell gemeldet. Ein fester Bestandteil der Pandemie-Überwachung ist die Abwasseranalyse u.a. in den Niederlanden, Belgien, Österreich und der Schweiz.

Mit diesem Abwasser-Monitoring könnte mit relativ wenig Aufwand die Entwicklung der Virenmenge und die Entwicklung der Virenmutationen in der Bevölkerung nachverfolgt werden. Eine nicht ganz unwichtige Kennzahl für den Kampf gegen die Corona-Pandemie, um auch Rückschlüsse auf die Dunkelziffer ziehen zu können und damit auch entsprechende Schutzmaßnahmen zu veranlassen. Damit wäre man auch den bisherigen Datenerfassungen voraus, die ohnehin vielfach als unvollständig bemängelt werden.

Die Europäische Kommission empfahl bereits am 17. März 2021 flächendeckende Abwasser-Untersuchungen in den Ländern – auch und gerade zum Aufspüren neuer Corona-Varianten:

*„Die Kommission nimmt heute eine Empfehlung an, in der die Mitgliedstaaten aufgefordert werden, das COVID-19-Virus und Varianten davon anhand von Abwasseruntersuchungen aufzuspüren, die Daten an die zuständigen Gesundheitsbehörden zwecks Früherkennung eines Auftretens des Virus weiterzugeben und Cluster zu ermitteln. Gefördert werden soll die Anwendung gemeinsamer Probenahme-, Test- und Datenanalysemethoden, unterstützt von einer europäischen Austauschplattform und mit entsprechender finanzieller Unterstützung.“*

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_21\\_1184](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_1184)

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/ALL/?uri=CELEX%3A52021DC0129>

Johannes Nießen, Leiter des Kölner Gesundheitsamtes und Vorsitzender des Bundesverbandes der Ärztinnen und Ärzte des Öffentlichen Gesundheitsdienstes, forderte am 04.07.2022 im WDR, dass die Kommunen möglichst flächendeckend ein solches Monitoring durchführen sollten.

Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach kündigte kürzlich ein neues "Pandemie-Radar" an, um genauere Vorhersagen über neue Corona-Wellen zu ermöglichen. Dazu solle auch die Abwasser-Überwachung ausgebaut werden.

Hier könnte das Fördermitteldezernat ausloten, ob die Stadt dann entsprechende Finanzmittel im Bund oder der EU beantragen kann.

Moseler, Claudius, Dr.